

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.04.3. - AJ/HMR
p.B.58.73.RFA-RDA

Bern, 27. Februar 1990

Besuch des sowjetischen Vize-Aussenministers
A. Adamishin, bei Staatssekretär K. Jacobi,
in Bern - am 28. Februar 1990

Auf dem Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Die Entwicklung der Dinge hin zur deutschen Einheit ist der Kontrolle der Politiker der DDR, aber auch jener der Bundesrepublik entglitten. Seit Ende November haben sich die Ziele der Revolution zudem gewandelt. Die demokratische Umgestaltung, die wir auch schweizerischerseits immer als wichtigste und aktuellste Aufgabe der Politik betrachtet haben, steht nicht mehr im Zentrum. Im Vordergrund steht heute die Frage der Einheit. Symbolhaft dafür: Bis Ende November Slogan der Leipziger Demonstrationen "Wir sind das Volk", seitdem "Wir sind ein Volk". Seitens der Bundesrepublik werden die Gründe für diese Entwicklung einerseits in der ungenügenden Reformwilligkeit der jetzigen Führung der DDR gesehen, die nur zögerlich Schritte unternahme, um die private Initiative zu wecken und das Investitionsklima im Lande zu verbessern. Ausschlaggebender aber sind aus Bonner Sicht drei Vorkommnisse gewesen, die die Bevölkerung zutiefst verunsichert hatten:

- die Diskussion über die Schaffung eines Verfassungsschutzes als Nachfolgeorganisation der Stasi,
- die militante Massendemonstration der SED im Dezember 1989,
- die offenbar gesteuerten rechtsextremistischen Schmierereien an russischen Kriegsdenkmälern.

Umgekehrt wird der Bundesregierung vorgeworfen, sie hätte der im 10-Punkte-Plan von Kohl bekundeten Absicht, eine Vertragsgemeinschaft und später eine Konföderation zu schaffen, nicht ernsthaft nachgelebt. Konkrete Schritte seien mit der Ausrede, die Regierung Modrow sei nicht handelsfähig, nicht unternommen worden. Und zudem muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, sie hätte die materiellen Anreize zur Uebersiedlung in die Bundesrepublik nicht gestrichen.

Da die Souveränität der DDR immer mehr zerfällt, ist die Schaffung einer Konföderation nicht mehr möglich. Sie würde nämlich zwei intakte Staatswesen voraussetzen. Letztere hätten auch die Eingliederung in den europäischen Einigungsprozess erleichtert. Auch hinsichtlich der europäischen Sicherheitsstrukturen hätte die Konföderation für die nächste Zeit weniger Probleme aufgegeben, wäre es doch möglich gewesen, die beiden Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen zu belassen.

Form der Wiedervereinigung

In der DDR gibt es Tendenzen, die Verfassung von 1949 wieder in Kraft zu setzen. Sie weist ähnliche Züge wie die Weimarer Verfassung auf und ist auch nicht völlig anders als das Grundgesetz. Nach den Wahlen vom 18. März wären nach diesem Szenario Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung anzusetzen, die nach Art. 146 des Grundgesetzes eine neue Verfassung für Gesamtdeutschland beschliessen würde. Es ist aber ebenso wahrscheinlich, dass eine Mehrheit der neuen Volkskammer nach dem 18. März beschliesst, die fünf Länder der DDR neu zu schaffen, nachdem die gegenwärtige Verfassung aufgehoben worden ist. Die fünf Länder würden dann einzeln der Bundesrepublik Deutschland beitreten, wie dies im Art. 23 des Grundgesetzes vorgesehen ist. Die letztere Variante ist politisch zwar delikats (Vorwurf des Anschlusses), hätte aber den Vorteil, dass das vereinigte

- 3 -

Deutschland die denkbar beste Verfassung mit einem sehr hohen Grundrechtsstandard und mit allen demokratischen checks and balances aufweisen würde. Insbesondere ginge auch der ganze Stock der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung der bisherigen Bundesrepublik nicht verloren.

Für Europa wird von Bedeutung sein, dass sich in Deutschland kein Staatswesen mit starker Zentralgewalt, sondern ein ausgeprägt föderalistisches Regierungssystem herausbildet.

Sofortige Währungsunion?

Nach Aussagen vieler Experten verdrängt die DM mehr und mehr die Währung der DDR. Aus diesem Grund wächst auch der Druck, möglichst umgehend eine Währungsunion herzustellen. Die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der DDR spielen nicht mehr, weil die in einer Planwirtschaft unabdingbare Autorität der Regierung Schritt für Schritt zerfällt. Die Befürworter der Währungsunion versprechen sich von ihr eine Stabilisierung der Verhältnisse, die letztlich auch die Abwanderung stoppen würde.

Sicherheit

Ist die Vereinigung Deutschlands unbestrittenermassen in erster Linie Sache der Deutschen (Selbstbestimmungsrecht der Völker), so ist die damit einhergehende Frage der Sicherheit ebenso Sache der Sichermächte und aller irgendwie betroffenen Nachbarstaaten.

Von besonderer Bedeutung ist:

1. die demokratische und föderalistische Struktur Gesamtdeutschlands,

2. Die Einbindung Deutschlands in Sicherheitsstrukturen, seien dies die bisher bestehenden Bündnisse, seien dies neu zu schaffende gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen. Die Neutralisierung Deutschlands, auch wenn dies nicht unbedingt die Neutralität Deutschlands im Rechtssinne bedeuten würde, erscheint uns nicht ein gangbarer Weg zur Neuregelung der Verhältnisse in Zentraleuropa. Sie würde Deutschland einmal mehr einen Sonderstatus geben, anstatt dieses Land gleichermassen wie seine Nachbarn in gesamteuropäische Strukturen einzubinden.
3. Für die nächste Zukunft scheint die Haltung Bundesausserminister Genschers die realistischste zu sein. Er sieht das vereinigte Deutschland als Vollmitglied in der NATO, wobei keine Truppen auf dem Gebiete der heutigen DDR stationiert sein sollen. Diese Position wird mit Nachdruck auch von der Administration Bush vertreten und anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Camp David bestätigt. Für die Sowjetunion könnte sie nach Abwägung aller Für und Wider akzeptabel sein, weil Gesamtdeutschland damit in eine internationale Struktur eingebunden und die Gefahr gebannt wird, dass es sich künftig als unguided missile gebärdet. Ein gleicher Status wie Frankreich in der NATO würde die Stationierung ausländischer Truppen ausschliessen und wäre kaum im Interesse der Supermächte. Andererseits erlaubte der Genscher-Plan ohne weiteres auf unbestimmte Zeit (beispielsweise 10 Jahre) die Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR.

DDR und EG-Mitgliedschaft

- Drei Varianten:
- Assoziation
 - Beitritt zur EG qua DDR
 - Beitritt zur EG durch Beitritt der Länder der DDR zur Bundesrepublik

Letzter Weg hat heute Vorrang.

Rechtsfragen

Im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird die Frage der Rechtsnachfolge Gesamtdeutschlands in die Verpflichtungen der DDR von Bedeutung sein. Die DDR war für die Sowjetunion ein äusserst wichtiger Lieferant von Hochtechnologie und der wichtigste Handelspartner des COMECON. Es werden sich delikate Fragen stellen im Zusammenhang mit dem COCOM, die eine grosse Flexibilität auch auf der Seite der USA verlangen werden.

Fragen stellen sich auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Reparationszahlungen, deren Regelung bekanntlich einem Friedensvertrag vorbehalten ist. Gemäss unserer Botschaft in Bonn soll die an Sturheit grenzende Haltung Kohls in der Frage der Oder-Neisse-Grenze u.a. darauf zurückzuführen sein, dass er diesbezügliche Forderungen Polens mit dieser Trumpfkarte abblocken will. Es hätten aber auch Jugoslawien und Argentinien in Sachen Reparationszahlungen sondiert. Bonn will auf jeden Fall vermeiden, dass in diesem Zusammenhang gleiche Fehler wie in den 20er Jahren gemacht werden.